WP15 B. Gerechtigkeit schaffen, Chancen stärken 1. Kinder und Jugendliche: bester Start für alle

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	20.12.2023
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Kinder und Jugendliche: bester Start für alle

Die Zukunft unserer Gesellschaft gehört den Kindern und Jugendlichen. Und sie sind – zu unserer Freude – politisch aktiver denn je. Wir erleben, wie sie weltweit ihre Stimme zu relevanten Themen erheben, sich informieren und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Mit unserer Politik möchten wir das Recht junger Menschen auf eine gute Zukunft stärken und ihnen vielfältige Perspektiven und Chancen hierfür bieten. Deshalb haben wir die finanziellen Mittel für die Jugendförderung bereits deutlich auf über 17 Millionen Euro gesteigert und die kommunale Jugendförderung gestärkt.

Unser Ziel ist es auch, die Vielfalt der Angebote der Jugendarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes, der Jugendverbandsarbeit und der Jugendbildung vor Ort zu erhalten. Denn Kinder und Jugendliche werden am längsten mit den Auswirkungen unserer heutigen Politik leben und haben deshalb berechtigte politische Interessen.

Doch damit Kinder und Jugendliche ihre Interessen artikulieren können und ernst genommen werden, benötigt es starke Rahmenbedingungen. Zu diesem Zweck konnten wir bereits das Wahlalter bei der Kommunalwahl absenken und die Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen stärken. Künftig wollen wir die Altersgrenze bei Wahlen noch weiter absenken. Für uns gilt der Grundsatz: Wo es um Belange junger Menschen geht, müssen sie miteinbezogen werden. Wir stehen für eine Politik, welche die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ernst nimmt und ihre Entscheidungen daran ausrichtet.

Gerade Kinder bedürfen unseres besonderen politischen Schutzes, um eine Entwicklung frei von Gewalt und Zwängen zu gewährleisten und zu fördern. Dafür braucht es einen stärkeren Fokus auf Prävention, um Kinder von Anfang an gut zu unterstützen. Unser Ziel ist es, dass alle Kinder die gleichen Chancen erhalten. Dazu gehört auch der entschlossene Kampf gegen Kinderarmut, bei dem wir mit der Einführung der Kindergrundsicherung auf Bundesebene einen wichtigen ersten Schritt gemacht haben.

Kernziele:

- Absenkung des Wahlalters, sodass Jugendliche bei Kommunalwahlen ab 14 Jahren und bei Landtagswahlen ab 16 Jahren wählen können
- Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung des Freistaats
- Stärkung der Kinder- und Jugendparlamente und Beteiligungsgremien in Gemeinden, Städten und Landkreisen mit dem Ziel der Beteiligung von Anfang an
- Örtliche Jugendförderung konsequent ausbauen mit dem Ziel einer inklusiven Jugendhilfe
- Zielgerichtete offene Angebote der Kinder- und Jugendhilfe in Vierteln mit Multiproblemlagen stärken,
- Rahmenbedingungen für Kinder- und Jugendschutz stärken, Präventions- und Beratungsangebote im ganzen Land flächendeckend verankern
- Aufbau von Handlungskompetenzen aller Beteiligten im Bereich der Prävention und Intervention weiter unterstützen mit dem Ziel, Schutz von

Kindern und Jugendlichen besser zu koordinieren und übergreifend zu gewährleisten

- Aufbau durchgängiger Präventionsketten mit möglichst frühem Beginn unterstützen, alle Akteur*innen inklusive Kindergärten und Schulen einbeziehen und durch spezialisierte Fachberatungsstellen ergänzen
- Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung und Gewalt weiter ausbauen, wirksame Prävention sowie flächendeckende kindgerechte Intervention und Nachsorge in Fällen sexuellen Missbrauchs gewährleisten
- Kompetenzen bei Staatsanwaltschaften für die Verfolgung sexualisierter Gewalt von Minderjährigen bündeln
- Verstetigung und Ausbau der Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ombudsstelle als Anlaufstelle zur Vermittlung und Klärung von Konflikten in der Kinder- und Jugendhilfe
- Standards der ambulanten und stationären Jugendhilfe schaffen sowie eine zentrale landesweite Verhandlungsführung zur Entlastung der kommunalen Jugendämter
- Aufbau von Stadt- und Kreisjugendringen mit angemessener personeller und finanzieller Ausstattung unterstützen
- Mehr “kinderfreundliche Kommunen” in Thüringen
- Kindgerechte Verfahren in der Justiz schaffen
- Bedarfsgerechte Finanzierung der Träger langfristig sichern (siehe Haushalt & Finanzen)
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung für Fachkräfte der Jugendhilfe unter anderem durch Reform des Rahmenvertrags für stationäre Hilfen
- Stärkung von Pflegefamilien, insbesondere von Kindern mit Behinderungen, durch wohnortnahe Begleitungs- und Unterstützungsangebote
- Landesaktionsprogramm „Stärken – Unterstützen – Abholen“ zu einem bedarfsgerechten Unterstützungsprogramm ausbauen
- Recht der Kinder und Jugendlichen auf Bewegung und Gesundheit stärker in den Blick nehmen
- Ausbau der Plätze für Kinder- und Jugendpsychotherapie (siehe Kapitel Gesundheit)
- Strukturelle Mädchen- aber auch Jungenarbeit unterstützen durch geschlechtssensible Angebote zur Bildung und Persönlichkeitsentwicklung (siehe Kapitel Jungen- und Männerarbeit)
- Weiterentwicklung des Systems der Hilfen zur Erziehung mit bedarfsgerechter Hilfeplanung und passgenauen Angeboten

- Einrichtung einer landesweiten Koordinierungsstelle für komplexe Fälle der Hilfen zur Erziehung